

diagonal

BSPV

www.bspv.ch

**STOPP
Abbau**

**Perspektiven für
den Kanton Bern!**

Verlässliches Leistungsangebot

Konkurrenzfähige Löhne

Tragbare Arbeitsbedingungen

**Alle an die Kundgebung
vom 16. März 2013**

Samstag, 13.30 Uhr, Bundesplatz Bern

Die Grosskundgebung ist eine gemeinsame Aktion aller wichtigen
Berufs- und Personalverbände und Gewerkschaften des Kantons Bern.



Selbst die Polizisten haben in St. Gallen gegen die Lohnkürzungen demonstriert.

Foto: St. Galler Tagblatt/Urs Bucher

Verlässliche Lohnentwicklung

Drohendes Debakel bei den Anstellungsbedingungen

Als Reaktion auf die im November 2011 eingereichte Lohninitiative der Personalverbände, hat der Regierungsrat zunächst eine Verbesserung der Anstellungsbedingungen in die anstehende Revision des Lehreranstellungsgesetzes und des Personalgesetzes aufgenommen. Dabei stand primär die Verlässlichkeit der Lohnentwicklung im Vordergrund. Nun wird das Rad zurückgedreht.

Die Forderungen der Initiative und die Faktenaufbereitung der Finanzdirektion haben deutlich gezeigt: Es herrscht Handlungsbedarf: Nach elf Jahren Anstellungsdauer haben Lehrerinnen und Polizisten schweizweit die tiefsten Löhne. Beim Steuerwettbewerb ist der Kantonsvergleich die entscheidende Messgrösse. Bei der Gehaltsentwicklung sollte das auch so sein. Ist es aber nicht.

Mit harten Fakten orientierte der Regierungsrat die Finanz- und die Oberaufsichtskommission über die unbefriedigende Lohnsituation. Drei Punkte stehen im Vordergrund:

- Die fehlende Verlässlichkeit bei der Lohnentwicklung
- Die Lohndelle als Folge der Sparpakete
- Die harten Belastungen durch die Pensionskassen

Verlässlichkeit bei der Gehaltsentwicklung

Die Lohninitiative der Personalverbände fordert einen gesetzlich verankerten Lohnanstieg. Vom Grundlohn von 100 Prozent bis zum Erreichen des Maximalgehalts von 160 Prozent soll eine verlässliche Entwicklung stattfinden. Zwei Drittel des Anstiegs sollen gesetzlich verpflichtend sein. Vorausgesetzt sind genü-

gende Leistungen. Der Regierungsrat hat dieses Begehren in den Vernehmlassungsentwurf zum neuen Lehreranstellungs- und zum Personalgesetz aufgenommen.

Der Regierungsrat beantragte zunächst, dass für Lehrkräfte folgende Gehaltsanstiege zu gelten haben: acht Jahre je vier Stufen, sieben Jahre je 3 Stufen und zwölf Jahre je zwei Stufen. Das Gehaltsmaximum würde so nach 27 Berufsjahren erreicht. Zudem sah der Gesetzesentwurf vor, dass für das Kantonspersonal analoge Finanzmittel bereitzustellen seien.

Regierungsrat zu kompromissbereit

Wegen der stark ablehnenden Haltung bürgerlicher Parteien und von Wirtschaftsverbänden, hat der Regierungsrat seinen fortschrittlichen Entwurf rigide überarbeitet. Die Idee eines verlässlichen Gehaltsstufenanstiegs und die geplante Erreichung des Lohnmaximums nach 27 Jahren wurden fallengelassen. Dem Grossen Rat wird eine Revision der Anstellungsbedingungen für die Lehrkräfte und für das Staatspersonal unterbreitet, die in ihrer Unverbindlichkeit eigentlich nicht akzeptabel ist.

Motorsägen ausgepackt

Diese zaghafte Gesetzesvorlage wurde einer vorberatenden Kommission des Grossen Rates unterbreitet. Die Kommission tat sich mit der Gesetzesberatung schwer. Sie lehnte im Januar sogar eine Minilösung ab, die vorsah, dass wenigstens die Verwendung der Rotationsgewinne für den Lohnanstieg gesetzlich geregelt würde. Das Resultat ist ein vorläufiger Scherbenhaufen. Es wird Sache des Grossen Rates sein, in der Junisession die Eckpunkte einer verlässlichen Lohnpolitik zusammen mit dem FUTURA-Geschäft zu verankern.

Folgen verfehlter Sparpolitik

Durch die äusserst restriktive Gehaltspolitik als Folge der seinerzeitigen SAR-Massnahmen, ergab sich eine Lohndelle. Wer in dieser Zeit angestellt wurde, hatte auch bei hohen Leistungen und besten Qualifikationen eine ungenügende Lohnentwicklung. Etwas besser ist die Situation für jene, welche die besseren Jahre

mit dem Erfahrungsaufstieg noch über längere Zeit miterlebt haben. Und auch die erst kürzlich angestellten Mitarbeitenden haben noch kein grosses Lohndefizit. Dieses steht ihnen noch bevor.

210-Millionen-Loch

Die Lohndelle ist deutlich. Und sie stört enorm. Um dieses Loch zu stopfen, bräuchte es 210 Millionen Franken. 120 Millionen für die Kantonsangestellten und 90 Millionen für die Lehrkräfte. Die vorberatende Kommission zeigte guten Willen zur Behebung dieser Lohndelle. Dies allerdings unter dem Vorbehalt finanziell rosiger Zeiten. Wir wissen alle, dass diese in den nächsten zehn Jahren nicht kommen werden. Und wenn sie kommen, werden zuerst die Steuern gesenkt, dann die Schulden reduziert und die Investitionen angehoben. Das Personal kommt stets zuletzt.

Perspektiven jetzt

Und wenn das Loch gestopft ist, bleiben die Renten der Betroffenen tiefer. Und der einmal erlittene Verlust wird nie kompensiert. Das Personal hat gemäss Berechnungen der Finanzdirektion in den letzten Jahren mehr als drei Milliarden Franken an die Sanierung des Staatshaushalts beigetragen. Jetzt reicht es. Unser Signal

Lohnsummen-senkung 2013

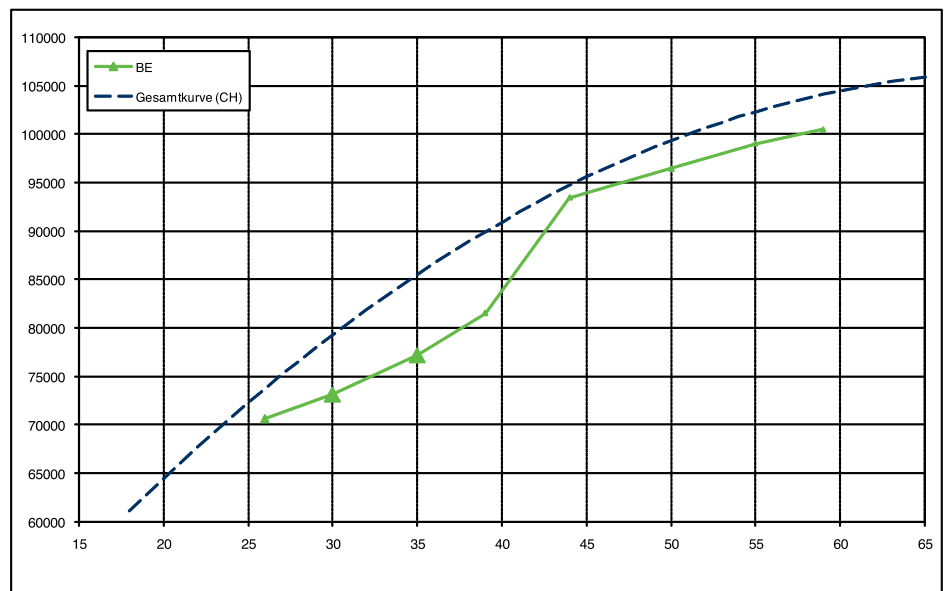
Konkret passierte auf den 1.1.2013 das Folgende:

Lohnsumme 2012	100,0%
Im Finanzplan vorgesehene Lohnsumme 2013	101,5%
Vom Regierungsrat budgetierte Lohnsumme 2013	100,5%
Vom Grossen Rat verabschiedete Lohnsumme 2013	100,0%
Abzug Rotationsgewinn 2012/13 von 0,8%	99,2%
Gewährung individueller Mikroanstiege von 0,4%	99,6%

Also: Die Lohnsumme 2013 ist um 0,4% kleiner als die Lohnsumme 2012. Diese Betrachtung geht von einem gleichbleibenden Stellenbestand aus.

muss klar sein: Stopp zu jedem weiterem Abbau. Das Mass des Erträglichen ist überschritten. Das Kantonspersonal braucht Perspektiven. Bei der verlässlichen Lohnentwicklung und bei der Lösung der Pensionskassenproblematik.

Die Lohndelle



Vergleich Gehaltsentwicklung Kantonspersonal Kanton Bern – Gesamtkurve CH

Blicken Sie entspannt in Ihre Zukunft

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung, Vermögensanlage, Zweitmeinung zu Bank- und Versicherungsangeboten – alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand.

**Damit Sie Ihre Zeit unbeschwert
geniessen können.**

Unabhängige Pensionsplanung

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden. Mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder.



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern
T 031 301 45 45

www.glauserpartner.ch



Umzüge
Privat und Geschäft

**peyer
bern**

T: 031 996 63 63
www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen



**Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero**
am Breitenrainplatz
3014 Bern

Saisongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere
Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22.45 Uhr

Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77

www.grotto-ticino.ch

Tankrevisionen
Tank-Neuanlagen und -Sanierungen
Tankraum-Auskleidungen
info@wasnerag.ch • www.wasnerag.ch

WASNER AG *Jetzt Winterrabatt*
Uetendorf
Tel. 033 345 75 50 • Fax 033 345 75 52

Kehrli+Oeler

CH-3001 Bern
Telefon 031 388 81 11
www.kehrlioeler.ch

Privat- und Geschäftsumzüge
Lagerlogistik

Regional • National • International



Hotline

Inserate: 031 300 63 89
inserate@staempfli.com

- Neubau
- Umbau
- Service

Heizung Lüftung
Sanitär Elektro

Badertscher + Co AG

Zentweg 13, 3006 Bern
Tel. 0319 381 381
Fax 0319 381 391
www.baco.ch



Muesmatt AG
Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch

diagonal

Klein, aber fein

Inserate im diagonal
sind nicht teuer,
dafür schön farbig!

für Fr. 110.–
pro Ausgabe sind
Sie dabei!

Tel. 031 300 63 89 oder
inserate@staempfli.com

Perspektiven für den Kanton Bern

Der BSPV fordert selten zu einer Kundgebung auf. Im Jahr 2002 rief er seine Mitglieder an die VETO-Kundgebung auf dem Bundesplatz. 20000 Kantonsangestellte aller Personalverbände kamen. Sie setzten ein eindrückliches Zeichen.



VETO-Kundgebung auf dem Bundesplatz aus dem Jahr 2002

Nun sind wir wieder so weit: Polizisten, Strassenmeister, Richterinnen und Pfarrer, Lehrerinnen, Pflegefachleute und alle anderen sollen zeigen, dass es in der Personalpolitik des Kantons Bern nicht mehr so weiter geht wie bisher.

Drei Milliarden Franken wurden an die Schuldensanierung beigetragen. Die Sanierung der Pensionskassen wird zu höheren Beiträgen führen. Die Leistungen werden gleichzeitig abgebaut. Das Rücktrittsalter 65 droht ebenso wie die

Streichung der Überbrückungsrente. Die Lohnsumme 2013 wurde gesenkt. Und der Grosse Rat verweigert jede Perspektive bei den Lohnmassnahmen.

Zudem soll der Personalbestand gesenkt werden. Wer so politisiert und gleichzeitig die Steuern senkt, hat die Zeichen der Zeit nicht begriffen. All jene, die vom BSPV eine aktive Haltung einverlangen, sollen nun bereit sein, ein Zeichen zu setzen. Und all jene, die mit der eigenen Situation leben können, sollen auch kommen und sich für all jene einsetzen, die nicht auf Rosen gebettet sind.

Wir sehen uns am Samstag den 16. März 2013 um 13.30 Uhr auf dem Bundesplatz in Bern. Wir wollen Perspektiven für den Kanton Bern! Wir wollen ein verlässliches Leistungsangebot, konkurrenzfähige Löhne und tragbare Arbeitsbedingungen.

Versteckt die Nationalbank ihre Gewinne?

Während der Budgetdebatte im Herbst 2012 vermeldete die Schweizerische Nationalbank Gewinne von 17 Milliarden Franken. Diese sind bis zum Jahresende weitgehend verschwunden. Oder sind sie zum Verschwinden gebracht worden?

Die Nationalbank ist eine Aktiengesellschaft, die sich im Mehrheitsbesitz der Kantone befindet. Jahrelang schüttete sie jährliche Gewinne von 2,5 Milliarden Franken aus. Als sie eine grosse Schweizer Bank vor dem Absturz und den Eurokurs vor dem Absinken retten musste, waren die rosigen Zeiten zunächst vorbei. Es gab noch eine einzige Milliarde zum Verteilen und auch diese war nicht gesichert. Für den Kanton Bern beträgt der Anteil an der Restmilliarde immerhin rund 84 Millionen Franken.

Letzter Hoffnungsschimmer

Während der Budgetdebatte wurde das Gehaltssummenwachstum 2013 im Herbst bekanntlich auf unter Null gesenkt. Als letzten Hoffnungsschimmer für das Personal, überwies der Grosse Rat ein vom BSPV und die Lehrerschaft angeregtes Postulat. Diese stellte eine Lohnbesserung in Aussicht, falls die Schweizerische Nationalbank mehr als eine Milliarde an die Kantone ausschütten würde; denn der dritte Quartalsabschluss der SNB war unerwartet gut.

Der Gewinn der Nationalbank ist nun weit tiefer als erwartet. Mit welchen Mitteln die Verantwortlichen diese Milliarden erscheinen und verschwinden lassen, ist der Geschäftsstelle des BSPV nicht bekannt. Fakt ist: Auch diese Hoffnung für das Kantonspersonal wurde zur Illusion. Leider.

www.bspv.ch/uploads/media/Motion_FIKO_Vorstossantwort.pdf

...mich flexibel weiterbilden!

Handelsschule
berufsbegleitend

**Eidgenössische
Fachausweise**

Technische Kaufleute
Führungsfachleute
Organisator/in
Marketing

www.teko.ch



SPINAS CIVIL VOICES

**Diese Zeitung ist
lebenswichtig für Sie.
Nachts, wenn Sie auf
dem kalten Boden
schlafen müssen.**

Schutzlosigkeit und Ausbeutung sind traurige Realität
für Millionen Kinder weltweit.

Sie können helfen: www.tdh.ch · PCK 10-11504-8



Terre des hommes

Kinder brauchen uns.

tdh.ch



gutgeplant.ch 
Pensions-, Finanz- & Steuerplanung

■ Pensionierung richtig planen

Sie wünschen sich:

Eine erstklassige, unabhängige Pensionsplanung ohne Produkteverkauf, welche ausschliesslich auf Ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ziele ausgerichtet ist? Dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. **Sonderkonditionen für BSPV Mitglieder.**

Bestellen Sie **kostenlos unsere umfassende Broschüre „Pensionierung“ mit vielen nützlichen Tipps und interessanten Berichten.**

Bernhard Fankhauser

dipl. Vorsorge- und
Vermögensberater SPPV
eidg. dipl. EHL



Guido Fuchs

Finanzplaner mit eidg. FA



Fankhauser, Fuchs & Partner

Pensionsplanung | Finanzplanung | Steuerplanung

Seftigenstrasse 25, 3007 Bern, Telefon: 031 371 90 90, Fax: 031 371 90 92

E-Mail: info@gutgeplant.ch | Web: www.gutgeplant.ch



Der Abbau betrifft alle von uns gleich doppelt

Martin Gatti ist Präsident der Gewerkschaft Lehrerinnen und Lehrer Bern LEBE. Sein Verband ruft alle Lehrkräfte dazu auf, an der «Stopp-Abbau»-Kundgebung vom 16. März in Bern teilzunehmen.

Mehr als die Hälfte aller Lehrkräfte werden auf dem Bundesplatz ein Zeichen setzen. Weshalb bist du der Überzeugung, dass auch Pfarrerinnen, Strassenmeister und Richterinnen mitmachen müssen?

Martin Gatti: Ganz einfach, weil wir alle im gleichen Boot sitzen. Wir sind alle Teil des Service Public. Diesen haben wir alle mit grossem persönlichem Einsatz auf hohem Niveau gehalten. Jetzt werden wir alle gleichermassen von unsinnigen Sparwellen bedroht. Diesen müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen.

Aber es sind ja nicht nur die regelmässigen Sparübungen, die uns beschäftigen.

Das stimmt. Der Grosse Rat wird für uns folgenschwere Entscheidungen fällen. Zuerst kommen das Lehreranstellungsgesetz und das Personalgesetz und nach diesen beiden Anstellungsgesetzen steht das Pensionskassengesetz auf dem Programm. Und nebenbei wird man noch 400 Mio. CHF einzusparen versuchen. So

wie der politische Wind gegenwärtig weht, stehen für mich die Zeichen auf Sturm.

Wie sieht denn für dich ein verlässliches Lohnsystem aus?

Genauso, wie es unsere gemeinsam eingebrachte «Initiative für faire Löhne» verlangt: Für die Lehrpersonen ist es der garantierte jährliche Erfahrungsaufstieg. Für das übrige Staatspersonal gilt eine angemessene Lohnentwicklung. Wir brauchen Personen, die auch für die Privatwirtschaft attraktiv sind. Um diese guten Leute muss sich der Staat bemühen, denn sonst werden sie jenseits der Kantonsgrenze unterrichten, wo sie zwischen 1000 und 2000 CHF mehr verdienen. Es ist unabdingbar, dass unsere Lohnentwicklung im Gesetz verankert und der Willkür des Grossen Rates entzogen ist.

Der Kanton muss also aktiv werden. Erlaubt die finanzielle Lage des Kantons Bern mutige Schritte?

Politik hat für mich etwas mit Führen, mit Zukunftsperspektiven und mit Verantwortung zu tun. Die Politik wird in nächster Zeit gleich mehrmals die Gelegenheit erhalten, die Gretchenfrage zu beantworten: «Liebe Grossrätin, lieber Grossrat, baut ihr den Service Public ab, – spart ihr ihn tot? Übergebt ihr Pflege, Sicherheit, Infrastruktur und Bildung der vielgeprie-

senen Eigenverantwortung? Nehmt ihr in Kauf, dass bei den Staatsangestellten die Fluktuation zunehmen wird?»

LEBE und der BSPV kämpfen gemeinsam für gute Anstellungsbedingungen. LEBE ist aber kampfbereiter. Was wünschst du dir von den BSPV-Mitgliedern?

Seit über drei Jahren arbeiten wir von LEBE daran, dass die Lehrpersonen sich für die Erhaltung der Bildungsqualität und für ihre Anstellungsbedingungen in die Öffentlichkeit begeben. Ich wünsche mir, dass die Mitglieder des BSPV am 16. März den Schritt in die Öffentlichkeit tun werden. Nur gemeinsam werden wir den Bundesplatz füllen und einen nachhaltigen Eindruck erwecken können. Ein «Stopp-Abbau» aus mindestens 15 000 Kehlen kann nicht ungehört bleiben.

«Nur gemeinsam werden wir den Bundesplatz füllen und einen nachhaltigen Eindruck erwecken können.»

Martin Gatti

Seit 2006 ist der parteilose Martin Gatti Präsident von Lehrerinnen und Lehrer Bern LEBE. Als Reallehrer arbeitet er an der Schule Moos in Gümli. Er ist verheiratet und wohnt in Belp. Unter seiner Führung nimmt LEBE pointiert zu gewerkschaftlichen Positionen Stellung.

Kompliment an den Grossen Rat

Dem BSPV wird oft vorgeworfen, er sei zu negativ eingestellt. Dem ist aber nicht so. Eine Tatsache ist jedoch, dass es eben wenig zu rühmen gibt. Deshalb freuen wir uns über die folgende positive Meldung.

Am 29. Januar behandelte der Berner Grossrat eine Motion, die verlangte, dass der Regierungsrat in allen Direktionen einen Leistungs- und Aufgabenabbau vorzunehmen habe. Auch im subventionierten Bereich und bei der Lehrerschaft. Ganze fünf Prozent des Personals sollten bis Ende 2015 abgebaut werden.

Mit anderen Worten: Von den über 50 000 Stellen sollte jede zwanzigste abgebaut werden. Das wären unglaubliche 2500 Stellen. Eine Reduktion des Polizeikorps um 100 Stellen, die Schliessung von 250 Schulklassen und ein massiver Leistungsabbau in den Randregionen wären die Folge gewesen.

Klare Antwort der Regierung

In seiner Stellungnahme nannte der Regierungsrat die erhebliche Anzahl der Betroffenen (Vollzeitstellen):

Kantonspersonal	13 416
Lehrkräfte	10 749
Universität	3973
Spitäler	11 595
Fürsorge	12 900
Total	52 633



Quelle: Zryd

Rechtsschutz hilft

Jedes BSPV-Mitglied kann den Anspruch auf den Berufsrechtsschutz erheben. Eine persönliche Beratung durch die Geschäftsstelle reicht meist aus, um das Problem am Arbeitsplatz lösen zu können. In hartnäckigen Fällen finanziert der BSPV seinen Mitgliedern einen Anwalt.

Der BSPV erteilt gerne Auskunft und nimmt die notwendigen Abklärungen vor. Die Rechtsberatung wird täglich beansprucht. Wir helfen gerne, auch wenn das Resultat manchmal nicht das erhoffte ist. Der Rechtsschutz des BSPV hilft auch in ungewöhnlichen Fällen.

Zu geringes Pensum

Ein Mitglied hat während 22 Jahren an einer Berner Bildungsinstitution gearbeitet. Wegen des geringen Pensums wurde die Mitarbeiterin nicht in die Pensions-

kasse aufgenommen. Das Schweizerische Zivilgesetzbuch sieht in den Artikeln 339b und 339c vor, dass in einem solchen Fall eine Abgangsentschädigung geschuldet ist. Auf Intervention des BSPV erhielt unser Mitglied eine Entschädigung von 2051 Franken. Eine Mitgliedschaft lohnt sich.

Reduktion der Gehaltsstufen

Einer Mitarbeiterin der Volkswirtschaftsdirektion wurde eine Gehaltserhöhung von sieben Stufen ausbezahlt. Da hat sie

Willkommene Neinsager

Eine solche Reduktion würde zu Kosteneinsparungen von rund 250 Millionen Franken führen. Wiederkehrend. Der Kanton muss aber 500 bis 600 Millionen sparen. Es drohen also noch härtere Zeiten. Und trotz all dieser Erwägungen hat der Grosse Rat mit 70 zu 59 Stimmen beschlossen, die Forderung der massiven Stellenreduktion abzulehnen. Der BSPV dankt für diesen weitsichtigen Entscheid.

Wir publizieren das Abstimmungsprotokoll auf unserer Homepage unter: ww.bspv.ch → Aktionen → Politische Vorstösse. Die Neinsager waren für einmal auf unserer Seite!

sich gefreut. Später berief sich der Arbeitgeber auf ein Missverständnis und reduzierte den Anstieg auf drei Stufen. Da freute sie sich weniger. Der BSPV klärte die Rechtslage ab und riet zum Verzicht auf rechtliche Schritte. Und dieses Jahr hat es wohl überhaupt keinen Anstieg gegeben. Da gab es generell wenig Grund zur Freude.

Betreuungszulagen für Durchdiener

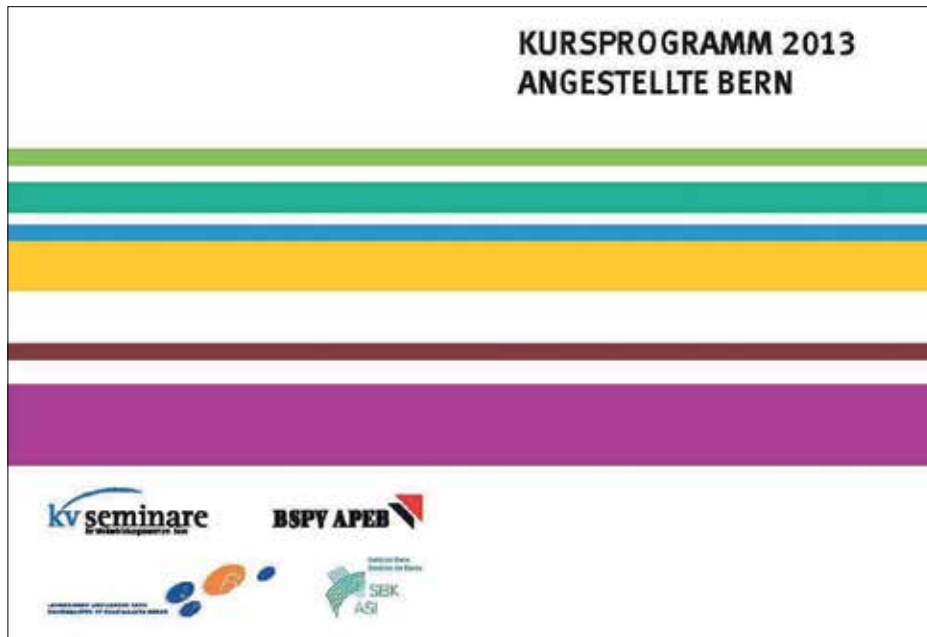
Ein Mitarbeiter der Erziehungsdirektion erkundigte sich nach den Betreuungszulagen für seinen Sohn während des Durchdiener-Militärdienstes. Die kantonale Regelung richtet sich nach dem AHV Gesetz. Wenn eine Ausbildung für mehr als fünf Monate unterbrochen wird, erlischt der Anspruch.

Bei personalrechtlichen Fragen, können Sie sich an die Geschäftsstelle wenden.

Umfangreiches Kursangebot für BSPV-Mitglieder

Die BSPV-Mitglieder können von diversen Vergünstigungen und Rabatten rund ums Wohnen, auf ein vielseitiges Weiterbildungsangebot, auf Reisen, bis hin zu Sport und Gesundheit profitieren.

KURSPROGRAMM 2013 ANGESTELLTE BERN



Weiterbildung

Eine neu ins Leben gerufene Zusammenarbeit mit dem KV Bern, dem SBK und LEBE macht es möglich, dass das Weiterbildungsangebot für unsere Mitglieder attraktiv und umfangreich gestaltet werden konnte. Heute kann eine allgemein breite Weiterbildung neben der eigenen Fachweiterbildung im Berufs- wie auch im Privatleben sicher nicht schaden. Über aktuelle oder spezifische Themen (mit-)reden zu können und das vielleicht sogar in mehreren Sprachen... Für den BSPV ist es wichtig, seine Mitglieder auch in die-

sem Bereich zu unterstützen. Wer dieses Jahr bucht, profitiert vom sehr tiefen Preisniveau des BSPV-Kursangebots. Nächstes Jahr werden wir die Preise anheben.

Auf den vom KV Bern angebotenen Kursen profitieren die BSPV-Mitglieder mit einem Rabatt von 15 Prozent!

Angebote aus folgenden sieben Sparten stehen zur Verfügung:

- Berufsbildende und Lernende
- Führung
- Recht und Finanzen

Rabattliste 2013 und Vergünstigungen

Ob Fitness-Abo, Sprachkurse, Möbel, Bettwaren oder Sportartikel: BSPV-Mitglieder geniessen Rabatte und Spezialkonditionen in zahlreichen Geschäften, Firmen und Institutionen im Kanton Bern. Eine Übersicht bietet die Rabattliste 2013 auf der Website des BSPV.

Neben diesen Rabatten können BSPV-Mitglieder von vergünstigten Reka-Checks, einem Kollektivvertrag bei der Krankenversicherung KPT sowie von Spezialkonditionen bei der Coop-Rechtsschutzversicherung profitieren. Es lohnt sich also doppelt, BSPV-Mitglied zu sein.

- Marketing und Kommunikation
- Persönlichkeitsbildung
- Arbeits- und Lerntechnik
- Informatik

In der beigelegten Broschüre oder auf unserer Website finden Sie die ausführlichen Informationen zu den Inhalten der Seminare, den Preisen und den Anmeldungen.

Wichtig: Die Anmeldungen müssen schriftlich erfolgen und werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Auch von der Rabattliste können die BSPV-Mitglieder profitieren. Wer alle Vergünstigungen nutzt, profitiert mehr, als der jährliche Mitgliederbeitrag kostet.

Weitere Infos: www.bspv.ch → Dienstleistungen → Vergünstigungen.



Alle an die Kundgebung vom 16. März 2013, 13.30 Uhr, Bundesplatz Bern

Die Grosskundgebung ist eine gemeinsame Aktion aller wichtigen Berufs- und Personalverbände und Gewerkschaften des Kantons Bern.

Wohnen ist Wohlbefinden

Lebensqualität ist ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens – und zwar bis ins hohe Alter. Der Grad des Wohlbefindens eines Menschen wird subjektiv wahrgenommen und kann in vielerlei Hinsicht gesteigert werden – beispielsweise beim Wohnen.



Eugen Schneider, Präsident der Rentnervereinigung

Eugen Schneider

Die Renten werden seit Jahren nicht mehr an die Teuerung angepasst. Das bedeutet einen immer stärkeren Kaufkraftverlust, den zu beklagen nichts nützt. Wir können auch in Zukunft kein Entgegenkommen erwarten. So bleibt, uns selber Gedanken darüber zu machen, wie wir die sinkenden Einkommen auffangen können, ohne an Lebensqualität zu verlieren.

Wohnen, ein Bestandteil der Lebensqualität

Diesem Thema widmet sich der allgemeine Teil unserer Hauptversammlung. Unser Referent, Herr Peter Schütz, hat sich sein Leben lang mit der Frage des Wohnens beschäftigt. Er wird in seinen Darlegungen aufzeigen, welche Möglichkeiten wir auf diesem Sektor im Hinblick auf eine Wahrung oder gar Steigerung unserer Lebensqualitäten haben. Es geht ihm aber nicht einfach darum, uns zu belehren, sondern im Gespräch mit den Teilnehmenden auf ganz konkrete Möglichkeiten einzugehen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind eingeladen, eigene Fragen oder Fragen zu bestimmten Fällen, mitzubringen und zu stellen.

Hauptversammlung 2013

Die diesjährige Hauptversammlung der Rentnervereinigung BSPV findet nicht ganz im bisherigen Rahmen statt: Zum einen beginnt sie schon vormittags und zum anderen sind erstmals auch die Partnerinnen und Partner aller Mitglieder der Rentnervereinigung herzlich eingeladen.

Frühlingsausflug in die Zentralschweiz

Der nächste Ausflug der Rentnervereinigung BSPV führt in die Zentralschweiz. Eingeladen sind Rentnerinnen und Rentner mit ihren Lebenspartnern.

Programm:

Fahrt durchs hügelige Entlebuch nach Wolhusen. Kaffeehalt im Restaurant Rebstock. Weiterfahrt via Luzern – Stans nach Seelisberg, Hotel Bellevue mit 3-Gang Mittagessen. Talfahrt mit der Treib-Seelisberg-Bahn. Weiterfahrt mit dem Schiff von Treib zum Rütli. Aufenthalt auf dem Rütli gemäss Programm. Weiterfahrt mit dem Schiff vom Rütli nach Flüelen. Anschliessend Heimfahrt via Stans – entlang dem Alpacher- und Sarnersee – über den Brünig – Interlaken – Thun zurück nach Bern.

Versammlung

Wann: Donnerstag, 14. März 2013, 10.00 Uhr

Wo: Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 3011 Bern

Programm: Am Vormittag wird zu einem aktuellen Seniorenproblem referiert und nach dem gratis Mittagessen (ohne Getränke) kommt der statutarische Teil zur Sprache. Anmeldung unbedingt erforderlich.

Traktanden

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmzähler
3. Protokoll der letzten HV
4. Jahresbericht des Präsidenten
5. Jahresrechnung, Revisorenbericht, Voranschlag
6. Mutationen, Mitgliederbestand
7. Wahlen: Wiederwahl Vorstandsmitglieder, Ersatzwahl für Vorstandsmitglied K. Binggeli, Neuwahl Rechnungsrevisorin, Wiederwahl der Abgeordneten in die Verbandsbehörden
8. Verbandsgeschehen
9. Tätigkeitsprogramm 2013
10. Verschiedenes

Ausflug

Wann: Dienstag, 14. Mai 2013

Besammlung: 07.45 Uhr
Schützenmatte Bern

Abfahrt: 08.00 Uhr Abfahrt

Ankunft: ca. 19.30 Uhr in Bern

Reiseleitung: Dr. Samuel Kislig, Geschichte / Geographie, Eugen Schneider, Administration

Kosten: 55 Franken pro Person.

Inbegriffen Car-, Bahn- und Schifffahrt, Znüni-Kaffee mit Gipfeli und Mittagessen (ohne Getränke).

Teilnehmerzahl: Höchstens 78 Personen Berücksichtigung nach Eingang der Anmeldungen.

Infos und Anmeldungen:

Eugen Schneider, 031 829 14 02, schneider.eugen@bluewin.ch

Wildhüter – steigender Druck

Neue Gesetze, neue Tierarten, ein zu liberales Jagdgesetz, starke zeitliche Belastung. Das sind Themen, welche die Wildhüter bewegen.



Jahresversammlung des Kantonbernischen Wildhüterverbands

Zryd

Wildhüter sind Individualisten. Mit hoher Eigenverantwortung nehmen sie ihre stets anspruchsvoller werdende Arbeit in fünf Regionen und 32 Aufsichtskreisen wahr. Das Aufgabengebiet umfasst weit mehr als die Jagdaufsicht und die Beseitigung von Fallwild. Die Wildschadenverhütung, die Förderung der Artenvielfalt, die Betreuung von Wildschutzgebieten, die Öffentlichkeitsarbeit, die Beratung und Weiterbildung der Jägerschaft, Naturschutzaufsicht, Tierschutz, Umweltschutz, Beratung Tourismus und Militärschiessplätze und die Jagdplanung stellen hohe Anforderungen an die Ausbildung und die Fähigkeiten der Wildhüter.

In jedem Kreis ist die Arbeit anders. In der Stadt ist noch kein Wolf gesichtet worden, dafür Füchse. In den Bergen äsen Gamsen, aber keine Biber. Im Seeland fressen Kormorane Fische, am Thunersee nisten schwarze Schwäne.

Sektion erzielt Erfolge

Wildhüter kämpfen entschlossen für ihre Anliegen. Lange haben sie die Kilometerentschädigung für den Gebrauch von Privatfahrzeugen als ungenügend kritisiert. Neu gibt es Dienstwagen. Die Gehaltseinreihung war auch ein Diskussionspunkt.

Nun besteht die Möglichkeit eines Aufstiegs nach absolvierter eidgenössischer Berufsausbildung. Mit Hilfe des BSPV wurden diese Verbesserungen nach 5 Jahren (1. Eidg. Prüfung 2007) erkämpft. Als unabhängiger Verein kann die Sektion auch Stellungnahmen zum Jagdgesetz abgeben, die sich nicht mit der Haltung der vorgesetzten Stellen decken müssen.

Frustration durch Spardruck

Der Hüftschuss der regierungsrätlichen Sparmassnahmen im Herbst 2012 hat etlichen Unmut erzeugt. Die Anordnung des vollständigen Ferienbezugs bis Ende Jahr kam spät. Sehr spät sogar. Wenn ein Wildhüter während der Jagdzeit Ferien beziehen muss oder diese nicht mit seiner Familie koordinieren kann, dann hat der Kanton mit seinen Anordnungen keine glückliche Hand gehabt.

Hohe Motivation

Und trotz gelegentlicher Misstöne sind die Wildhüter hoch motiviert und werden es weiterhin sein. Dies bedingt aber, dass der Arbeitsdruck nicht weiter steigt, dass Stellvertretungen besser geregelt werden und dass sich alle vorgesetzten Stellen mit Nachdruck hinter die Wildhüter stellen.

Kolumne

Selbstverständlich

Gute Qualität z.B. im Spital, im Schulzimmer, beim Strassenunterhalt oder bei der öffentlichen Sicherheit steht und fällt mit gut qualifiziertem, motiviertem Personal. Gute Anstellungsbedingungen tragen wesentlich dazu bei. Was für die Wirtschaft gilt, ist im öffentlichen Service Public nicht anders. Und es ist Tatsache, dass im Service Public vorrangig Personen arbeiten, die sich mit ihren Aufgaben in hohem Mass identifizieren, weil dies der Allgemeinheit zugute kommt. Wehren sich Angestellte für bessere Anstellungsbedingungen, geht es also um weit mehr, als um das eigene Portemonnaie – sie verteidigen damit die Qualität des Service Public. Und sie stellen sich einmal mehr in den Dienst der Bevölkerung. So betrachtet, ist es eine berufliche Selbstverständlichkeit, am 16. März auf dem Bundesplatz in Bern zu erscheinen.

Wir wollen motivierte Lehrerinnen und Zivilstandsbeamte. Wir brauchen engagierte Strassenmeister und Grundbuchführerinnen. Wir zählen auf starke Polizisten und Pfarrerrinnen. Und die Universitätsdozenten und Richterinnen sind wichtig. Ich danke allen für ihren täglichen Einsatz für den Kanton Bern.



Christoph Michel
Geschäftsführer angestellte bern
und Leiter Gewerkschaft LEBE

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Libero nicht vergütet

Es gibt Dienststellen, die ihren Angestellten die Kosten eines Libero-Tickets in der Zone 100 nicht vergüten. Der regierungsrätliche Beschluss über die Festsetzung der Gehälter und Entschädigungen sieht das allerdings nicht vor. Unter Punkt 3.5 steht klipp und klar: «Für die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel werden die entsprechenden Bilettkosten vergütet». Unser Rat lautet deshalb: Wer nichts bekommt, geht zu Fuss. Das ist auch gut für die Gesundheit.

Senken, dann sparen

Im November gingen die Luzerner Kantonsangestellten auf die Strasse, um gegen das Sparpaket von 58 Millionen Franken zu protestieren. Und die Schülerinnen und Schüler blieben dem Unterricht einen halben Tag fern und protestierten vor dem Regierungsgebäude gegen die Abstriche im Bildungsbereich. Vor fünf Jahren hatte der Kanton Luzern noch keine Schulden. Doch durch die radikale Steuersenkungspolitik, muss nun auch in Luzern gespart werden.



Übermässige Steuersenkungspolitik

Abzocker

Im Kampf gegen die Abzockerinitiative werden die Pensionskassen zitiert. Leider falsch. Unsere Pensionskassen haben sich nicht in den Abstimmungskampf eingemischt. So wie dies der BSPV auch nicht tut. Es ist der Präsident des Schweizerischen Pensionskassenverbandes, der sich in den Dienst von Economiesuisse stellt und Richtlinien für die überrissene Wahrnehmung der Aktionärsstimmrechte präsentiert. Würden alle Pensionskassen der Schweiz gemeinsame Ziele verfolgen, hätten sie eine erhebliche Macht.

Polizei protestiert

In St. Gallen sollte es neben einem Sparpaket von ca. hundert Millionen Franken eine pauschale Lohnkürzung von 1,5 Prozent geben. Fast 5000 Staatsangestellte gingen im November auf die Strasse und protestierten gegen diese Sparmassnahmen. Selbst die Polizei wehrte sich. Dieser Aufmarsch machte Eindruck und das Kantonsparlament gab etwas nach: Keine pauschale Lohnkürzung, sondern eine Reduktion der Lohnsumme um ein Prozent.



Keine pauschale Lohnkürzung

Zeichen setzen in Genf

In Genf steht das Budget 2013 noch nicht fest. Im Frühjahr wird dieses beschlossen. Die bürgerliche Mehrheit lehnt aber den Budgetvorschlag (Defizit von 278 Millionen Franken) der Regierung klar ab. In Genf soll massiv gespart werden. Wenn das Sparpaket also durchkommt, richten sich die Sparattacken vorwiegend gegen den Bildungs- und Gesundheitsbereich. Dies werden die Genfer Angestellten nicht hinnehmen; sie werden ein starkes Zeichen setzen.

Mögliches Referendum

Das geplante Sparpaket im Tessin beläuft sich auf über hundert Millionen Franken. Bei den Personalkosten soll laut Regierung ebenfalls gespart werden. Dagegen wird im Tessin protestiert. Massgeblich von den Lehrerinnen und Lehrern. Und die Gewerkschaften denken über die Ergriffung eines Referendums nach. Auf jeden Fall wollen sie sich zur Wehr setzen und gegen den Leistungsabbau protestieren. Genauso, wie wir Berner dies am 16. März tun werden.



Sparen beim Personal

Impressum

diagonal

**BSPV
APEB**

Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Daniela Zryd
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch

T. Wenger, Ch. Theumann-Monnier

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

Des perspectives pour le canton de Berne!

Il est très rare que l'APEB appelle à manifester. En 2002, elle avait engagé ses membres à participer à la manifestation VETO sur la Place fédérale. Vingt mille employés de l'Etat issus de l'ensemble des associations de personnel avaient répondu à l'appel. Ils avaient donné un signal clair.

Nous y voilà à nouveau: agents de police, employés de la voirie, juges, pasteurs, personnel enseignant et infirmier, tous doivent montrer que la politique du Canton de Berne en matière de personnel ne peut pas continuer comme jusqu'à présent.

Le personnel de l'Etat a contribué pour trois milliards de francs à l'allègement de la dette. L'assainissement des caisses de pension conduira à des cotisations plus élevées, tandis que les prestations seront réduites. L'âge de la retraite à 65 ans menace, tout comme la suppression de la rente-pont. La masse salariale a été abaissée pour 2013. Et le Grand Conseil ne laisse aucune perspective en matière de mesures salariales.

En outre, l'effectif du personnel doit être réduit de 5%. Ceux qui politiquent et en même temps baissent les impôts n'ont pas compris le signe des temps. Tous ceux qui exigent de l'APEB une attitude active doivent désormais se tenir prêts à donner un signal clair. Et tous ceux qui se satisfont de leur propre situation doivent aussi venir et s'engager pour tous ceux qui ne roulent pas sur l'or.

Nous nous verrons le samedi 16 mars 2013 sur la Place fédérale. Nous voulons des perspectives pour le Canton de Berne! Nous voulons des prestations sûres, des salaires concurrentiels et des conditions de travail supportables!



La manifestation VETO sur la Place fédérale en 2002.

La Banque nationale cache-t-elle ses bénéfices?

Lors du débat sur le budget à l'automne 2012, la Banque nationale suisse annonçait un bénéfice de 17 milliards de francs. A la fin de l'année, celui-ci avait largement disparu. Ou alors l'a-t-on fait disparaître?

La Banque nationale est une société anonyme détenue majoritairement par les Cantons. Pendant des années, elle a déversé des bénéfices annuels de 2,5 milliards de francs. Lorsqu'elle a dû sauver de la faillite une grande banque suisse et freiner la chute du cours de l'euro, la belle époque était révolue. Il n'y avait plus qu'un seul milliard à distribuer, et même cette somme n'était pas garantie. La part du Canton de Berne à ce milliard restant

se montait malgré tout à 84 millions de francs.

Dernière lueur d'espoir

On le sait, lors du débat sur le budget, la croissance de la masse salariale 2013 a été portée en-dessous de zéro. Toutefois, le personnel a eu une dernière lueur d'espoir. En effet, le Grand Conseil a transmis un postulat initié par l'APEB et qui laissait entrevoir une embellie salariale si la

Banque nationale distribuait plus d'un milliard aux Cantons.

Mais les bénéfices de la Banque nationale sont bien moins élevés qu'escompté. Par quels moyens ses responsables font-ils apparaître et disparaître ces milliards? Le secrétariat de l'APEB l'ignore. Restent les faits: l'espoir du personnel de l'Etat s'est lui aussi mué en illusion. Malheureusement. <http://www.apeb.ch/fr/actions/interventions-parlementaires.html>



A Saint-Gall, même les policiers ont manifesté contre les réductions de salaire.

Photo: St. Galler Tagblatt/Urs Bucher

Une progression des salaires fiable

Conditions de travail: la débâcle menace

En réaction à l'initiative sur les salaires déposée en novembre 2011 par les associations de personnel, le Conseil-exécutif a, dans un premier temps, entrepris d'améliorer les conditions de travail dans le cadre de la révision des lois sur le statut du corps enseignant et sur le personnel. La progression fiable des salaires y occupait le premier plan. Mais le gouvernement fait maintenant machine arrière.

Les revendications formulées dans l'initiative et le traitement des faits effectués par la Direction des finances l'ont clairement montré: des mesures sont nécessaires. Après onze ans de service, les membres du corps enseignant et les policiers ont les salaires les plus bas de Suisse. Par contre, sur le plan fiscal, la comparaison entre les cantons est un indicateur déterminant. Il devrait aussi en être de

même pour la progression salariale. Mais ce n'est pas le cas.

Sur la base de faits concrets, le Conseil-exécutif a mis au courant la Commission des finances et la Commission de haute surveillance de la situation salariale insatisfaisante. Il a relevé trois points centraux:

- le manque de fiabilité en matière de progression des traitements;

- le creux des salaires consécutif aux paquets d'économie;
- les fortes pressions liées aux caisses de pension.

Rendre la progression salariale fiable

L'initiative sur les salaires déposée par les associations de personnel réclame que l'augmentation des salaires soit ancrée dans la loi. Il doit y avoir une progression

fiable entre le salaire de base de 100% et le salaire maximal de 160%. Deux tiers de l'augmentation doivent être rendus obligatoires par la loi, moyennant des prestations satisfaisantes de la part de l'employé. Le Conseil-exécutif a intégré cette demande dans le projet de nouvelles lois sur le statut du corps enseignant et sur le personnel soumis à consultation.

Le Conseil-exécutif a tout d'abord demandé que le corps enseignant bénéficie de la progression salariale suivante: 4 échelons par an pour 8 années de service, puis 3 échelons par an les 7 années suivantes et enfin 2 échelons par an les 12 années suivantes. Le salaire maximum aurait donc été atteint après 27 années de service. De plus, le projet de loi prévoyait d'allouer des moyens financiers analogues pour le personnel cantonal.

Les compromis du Conseil-exécutif

Face à la forte opposition des partis bourgeois et des associations économiques, le Conseil-exécutif a remanié de façon rigide son projet progressiste. Il a abandonné l'idée d'une progression des salaires fiable ainsi que l'atteinte du salaire maximal après 27 ans. La révision des conditions d'engagement du corps enseignant et du personnel de l'Etat telle qu'elle sera soumise au Grand Conseil est inacceptable en raison de son caractère non contraignant. Les tronçonneuses sont dégainées!

Ce projet de loi timoré a été présenté à une commission consultative du Grand Conseil. Celle-ci s'est donné du mal avec l'examen de la loi. En janvier, elle a même refusé une mini-solution prévoyant d'affecter au moins les gains de rotation à la progression des salaires. Le résultat: un tas de ruines provisoire. Ce sera au Grand Conseil de déterminer, lors de la session de juin, les points essentiels d'une politique salariale fiable dans le débat sur l'objet FUTURA.

Les conséquences d'une politique d'économies ratée

La politique salariale extrêmement restrictive consécutive aux mesures ESPP a provoqué un creux salarial. Une personne engagée à cette époque avait une progression de traitement insuffisante, même si elle fournissait des prestations de qualité

et jouissait des meilleures qualifications. La situation est un peu plus favorable pour les personnes qui ont pu profiter encore pendant quelque temps des bonnes années avec la progression en fonction de l'expérience. De même, les collaborateurs qui viennent d'être engagés ne connaissent pas encore de gros déficit salarial. Mais celui-ci est imminent.

Le creux salarial est flagrant. Et il dérange énormément. Pour combler ce trou, il faudrait 210 millions de francs: 120 millions pour les employés de l'Etat et 90 millions pour le corps enseignant. La commission consultative a fait preuve de bonne volonté pour pallier ce creux – moyennant toutefois des temps plus rieurs sur le plan financier. Or nous savons tous que ce ne sera pas le cas durant les dix prochaines années. Et lorsque ces temps seront arrivés, d'abord on baissera les impôts, puis on réduira la dette et on augmentera les investissements. Le personnel vient toujours en fin de liste.

Des perspectives maintenant!

Et quand le creux sera comblé, les rentes des personnes concernées resteront basses. Et la perte subie en son temps ne sera jamais compensée. Selon les calculs de la Direction des finances, le personnel a, ces dernières années, contribué pour plus de trois milliards de francs à l'assai-

Baisse de la masse salariale en 2013

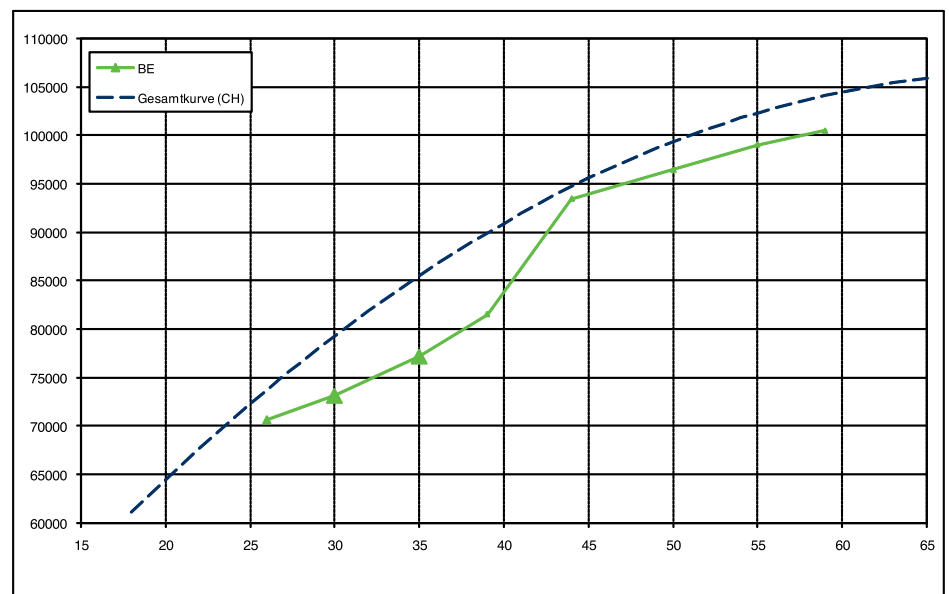
Voici concrètement ce qui s'est passé au 1^{er} janvier 2013:

Masse salariale 2012	100,0%
Masse salariale 2013 prévue dans le plan financier	101,5%
Masse salariale 2013 budgétisée par le Conseil exécutif	100,5%
Masse salariale 2013 approuvée par le Grand Conseil	100,0%
Déduction du gain de rotation 2012/13 de 0,8%	99,2%
Octroi de micro-augmentations individuelles de 0,4%	99,6%

Conclusion: la masse salariale 2013 est plus basse de 0,4% que la masse salariale 2012. Ce constat part du principe que l'effectif des postes est resté stable.

nissement du budget de l'Etat. Ça suffit maintenant! Notre signal doit être clair: stop à tout nouveau démantèlement! La limite du supportable a été atteinte. Le personnel cantonal a besoin de perspectives: une progression salariale fiable et une solution au problème des caisses de pension.

Le creux salarial



Comparatif entre la progression salariale du personnel de l'Etat de Berne et la courbe générale pour la Suisse.

diagonal

APEB

www.apeb.ch

HALTE
au
démantè-
lement

**Des perspectives pour
le canton de Berne!**

Des offres de prestations fiables

Des salaires concurrentiels

Des conditions de travail acceptables

**Tous à la manifestation
du 16 mars 2013**

Samedi, 13h30, Place fédérale Berne

Cette manifestation est une action commune des principales organisations professionnelles,
des associations du personnel et des syndicats du canton de Berne.